

Mitbestimmung durch Miteigentum?

"Bei Arbeitnehmern gibt es den legitimen Wunsch, von den gegenüber den Einkünften aus Arbeit wesentlich höheren Renditen aus Kapital zu profitieren", so erklärte Ursula Konitzer, die stellvertretende Vorsitzende der DAG, das auch unter Gewerkschaftsmitgliedern gestiegene Interesse am Aktienwerb. Diese Realität müssten die Gewerkschaften nicht nur akzeptieren, sondern als potenzielles Mitbestimmungsfeld auch mitgestalten. Ob die Kapitalbeteiligung für Arbeitnehmer auch gesamtgesellschaftlich zu einer stärkeren Vermögenbeteiligung und mehr Einfluss auf die Unternehmenspolitik führen und den Gewerkschaften einen Ausweg aus ihrem Dilemma der verteilungspolitischen Schwäche der Barlohnpolitik weisen kann, diese Fragen standen im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion, zu der die "Rhein-Main-Runde" im September ins Frankfurter Literaturhaus eingeladen hatte.

Während Antonius Engberding vom Hauptvorstand der IG Metall eine Umverteilung des Produktivkapitals zugunsten der Arbeitnehmer etwa über die Mitarbeitergewinnbeteiligung für eine Illusion hält und vordem damit verbundenen doppelten Risiko für die Beschäftigten warnte, verwies Konitzer auf bereits vorhandene Modelle der Risikobegrenzung über Betriebsvereinbarungen. Einigkeit bestand darin, dass überbetriebliche Kapitalbeteiligungsmodelle zu den Instrumenten gehören, die Gewerkschaften in ihre zukünftige Strategie einbeziehen müssen, wenn sie sich aus diesem Feld nicht vollständig verabschieden wollen.

Dass es den Gewerkschaften über die Kapitalbeteiligungsfonds zumindest in Ansätzen gelingen kann, Unternehmen in ihre gesellschaftliche Verantwortung hinsichtlich einer sozial- und umweltverträglichen Politik einzubinden, bestätigte Dieter Waizenegger vom Pariser Europabüro des amerikanischen Gewerkschaftsdachverbands AFL-CIO. Mit der Bündelung von Aktionärsrechten sei bei entsprechend großer Kapitalansammlung auch ein Einfluss auf die Investitionsformen gegeben, sagte Waizenegger und verwies auf die Praxis in den USA. Im Spannungsfeld von Rendite- und Arbeitnehmerinteressen setzen die Finanzverantwortlichen der US-Gewerkschaften vor allem auf den langfristigen Ertrag nachhaltig wirtschaftender Unternehmen sowie auf breit gefächerte Investmentportfolios zur Risikominderung und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Weitere Veröffentlichungen zu diesem Thema: "Die Mitbestimmung", Heft 5/2000; Berthold Huber: "Der Kollege als Aktionär", dokumentiert in der Frankfurter Rundschau vom 2.9.2000, Seite 7.

Renate Hebauf

Aus: *Mitbestimmung* 10/00 S.8-9

-- [Anfang des Artikels](#) --- [Inhaltsverzeichnis](#) -- [Archiv des Pressespiegels](#) --
